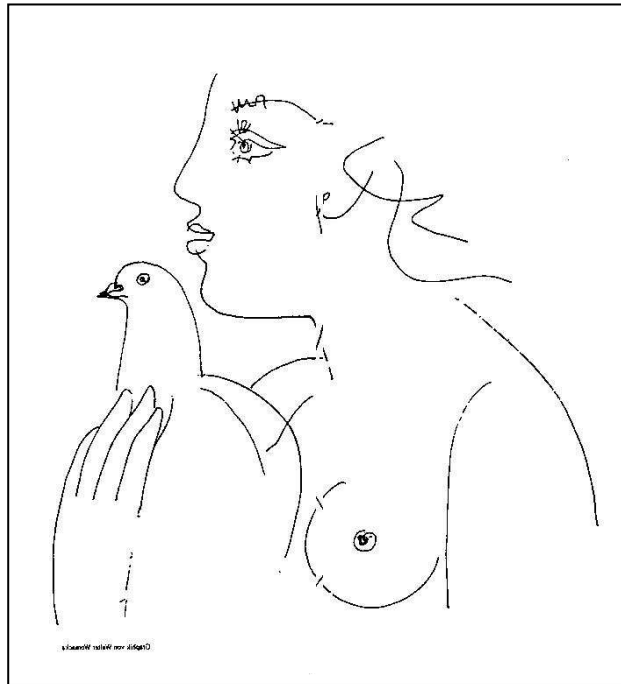


Europäisches Friedensforum epf Deutsche Sektion

Zentraler Arbeitskreis Frieden der
Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.

Nr.67



Kampf um den Kongress

Zu den Zwischenwahlen in den USA im November 2010

von

von Prof. Dr. Rolf Sieber

Redaktionsschluss: 25.06. 2010

c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.
Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin

Tel.: 030/ 557 83 97 Fax: 030/ 555 63 55 E-mail: gbmev@t-online.de Homepage: www.gbmev.de/

Seit dem Frühjahr 2010 haben sich die Auseinandersetzungen im Kongress zwischen den Mitgliedern der Demokratischen Partei und der Obama -Regierung auf der einen Seite sowie der vorwiegend republikanisch ausgerichteten Opposition auf der anderen Seite enorm verschärft und zugespitzt.

Im November 2010 – bei den Zwischenwahlen - stehen alle Abgeordnetensitze des Repräsentantenhauses und rund ein Drittel der 100 Sitze im Senat zur Wahl. Des weiteren werden an diesem Tag einige Gouverneure von Bundesstaaten der USA, die Mitglieder von Staats- und Kommunalparlamenten auf der Ebene von Bundesstaaten und die Besetzung von Wahlämtern wie Polizeichefs, Staatsanwälte u. a. in allen Regionen der USA gewählt. Und schließlich stehen in den 50 US-Bundesstaaten sowie in Washington, D.C., von Bürgern der USA eingebrachte Volksbefragungen auf den Wahlzetteln, die im Leben aller oder eines Teils der USA-Bürger von großer Bedeutung sein können.

Zum Einfluss der Medienwelt

Im Kampf um Erfolge in den Zwischenwahlen 2010 spielen die Medien wie Tageszeitungen und Magazine sowie große und kleinere Rundfunk- und Fernsehstationen eine außergewöhnlich große Rolle. Die hoch entwickelte und mit modernster Technik und Technologie ausgestattete Medienwelt verfügt über eine enorme, selbständige Kraft zur Einflussnahme auf das Denken und Handeln der Wählerinnen und Wähler. Dabei muss mit allem Nachdruck festgestellt werden, dass im Jahr 2010 nur die beiden großbürgerlichen Parteien, die Demokratische und die Republikanische Partei, über die dafür notwendigen, umfangreichen finanziellen Mittel verfügen. Auf Grund der US-Wahlgesetzgebung erhalten nur diese beiden Parteien in Abhängigkeit der von ihnen erreichten Wahlergebnisse im Präsidenten-Wahljahr 2008 zweistellige Millionenbeträge Dollar (70 –80 Mio.) öffentliche staatliche Wahlgelder, die sie im Wahlkampf jeweils allein für sich zum Einsatz bringen.

Die über dreißig sogenannten dritten Parteien in den USA, angefangen von liberalen, sozialistischen bis hin zu faschistischen Parteien, die ebenfalls an den Zwischenwahlen 2010 aktiv teilnehmen, erhalten infolge der Wahlgesetzgebung keinerlei staatliche finan-

zielle Unterstützung, da sie bei den Präsidentenwahlen 2008 die Drei-Prozent-Hürde von Wählern nicht überspringen konnten. Lediglich durch geringe eigene und von Sponsoren bereitgestellte Mittel sind sie in der Lage, in ganz begrenztem Umfang Medien zu ihrer Unterstützung zu gewinnen. Im Magazin „Nation“ haben links ausgerichtete Parteien und Einzelpolitiker die Chance, liberaldemokratische Analysen zu veröffentlichen und damit für die Nominierung von Kandidaten und für deren Wahl zu werben.

Zu den Denkfabriken

Außerdem stehen den beiden großbürgerlichen Parteien und ebenso der US-Administration wissenschaftliche Institute, sogenannte Denkpanzer oder Denkfabriken, mit ihren strategischen Studien und entsprechenden Publikationen über mögliche Entwicklungstrends in der Innen-, Außen- und Sicherheitspolitik der USA zu Diensten - und das mit nationaler und internationaler Ausrichtung. Sie sind zugleich auch Einrichtungen für politische Weiterbildung der Eliten.

Als Spitzeneinrichtungen dieser Art gelten für die Demokratische Partei die weltweit bekannte und für ihre wissenschaftlichen Leistungen durchaus anerkannte Brookings Institution in Washington und für die Republikanische Partei das mit Mitarbeitern und kräftigem Kapital reich ausgestattete American Enterprise Institute for Public Policy Research (AEI).

Von der Hauptstadt Washington, D.C, aus wirken sie in den ganzen USA und darüber hinaus in vielen Ländern der westlichen Welt.

Nur einige wenige wissenschaftliche Einrichtungen widmen sich der Anfertigung von auftragsgebundenen Studien für die der US-Administration kritisch gegenüberstehenden Organisationen und Institutionen mit links - liberalem Charakter.

Wahlanalytiker, Wahlbeobachter, Lobbyisten sowie Vertreter der gesamten Medienlandschaft verfolgen und beeinflussen den Verlauf des Wahlkampfes mit all seinen möglichen Schwankungen bis hin zu den Entscheidungen der Kontrahenten und den Endergebnissen.

Erstmals wieder seit 1992 eroberten die Demokraten im Präsidentenwahlkampf der Jahre 2008/2009 gleichzeitig das Weiße Haus und beide Kammern des Kongresses. Der Regierungsalltag wird seither durch das sogenannte Machtdreieck bestimmt: Administration, Weißes Haus und Kongress sind durch ein Geflecht gegenseitiger Einfluss- und Kontrollmechanismen miteinander verbunden. Der Präsident und Vizepräsident können dann effektiv regieren, wenn der Kongress mit seinen beiden Kammern hinter ihnen steht und mit ihnen gemeinsam handelt.

Deshalb sind die konkreten Endergebnisse der Zwischenwahlen 2010 für Obama und Biden in zweierlei Hinsicht besonders wichtig:

Bleibt die Mehrheit der Sitze in beiden Kammern des Kongresses in den Händen der Demokraten, kann der geschilderte Machtmechanismus weiterhin funktionieren.

Kommt es durch das Endergebnis bei den Zwischenwahlen 2010 im Kongress zu einer Veränderung in den Mehrheitsverhältnissen von der Demokratischen zur Republikanischen Partei – Variante zwei – dann müssen Präsident und Vizepräsident damit rechnen, dass die neuen Mehrheitsführer Änderungen im Mechanismus der Machtorgane zu ihren Gunsten fordern. Mit Hilfe von Kompromissen seitens Präsident und Vizepräsident müssen dann gemeinsame Lösungen gefunden werden. Die Fraktionen und die parlamentarischen Führungspersonlichkeiten werden dann danach streben, ihre verfügbaren, unterschiedlichen Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten auf die Politik des Staates differenziert zu nutzen. Für Obama/Biden wird das Regieren bei dieser Variante sehr viel schwieriger als es bisher der Fall war.

Aus den Ergebnissen der letzten Zwischenwahlen 2006 und aus dem Präsidentenwahljahr 2008/2009 lässt sich folgendes feststellen:

Repräsentantenhaus:

Im Jahre 2006 entfielen von den 435 Sitzen auf die Demokraten 233 und auf die Republikaner 202 und im Jahre 2008 auf die Demokraten 257 und auf die Republikaner 178 Sitze. Auf dem Hintergrund dieser enormen Veränderungen errang die Abgeordnete

Nancy Pelosi aus Kalifornien den Sieg bei der Wahl zur Sprecherin/Vorsitzenden/Präsidentin des Repräsentantenhauses. Das dritthöchste politische Amt in den USA fiel damit ebenfalls in die Hände der Demokraten. Durch die Zwischenwahlen 2010 kann nur eine erneute Änderung erfolgen, wenn Variante zwei eintritt.

Senat:

Von den insgesamt 100 Senatoren-Sitzen im Jahre 2006 entfielen jeweils 49 auf Demokraten und Republikaner bei zwei Unabhängigen, die aber für die Demokraten stimmten. Im Jahre 2008 entfielen auf die Demokraten insgesamt 59 Sitze, einschließlich der zwei Unabhängigen, und auf die Republikaner 41 Sitze.

Durch den Tod des berühmten 43 Jahre lang tätigen demokratischen Senators Ted Kennedy wurde im Bundesstaat Massachusetts eine Neuwahl erforderlich, bei der es völlig unerwartet zum Parteienwechsel zugunsten der Republikaner kam. Dadurch errangen letztere wieder die Möglichkeit, bei Nichtübereinstimmung mit den Demokraten die parlamentarische Filibuster-Taktik (durch endlose Reden die Verabschiedung eines Gesetzes zu verzögern) anzuwenden. Die Demokraten werden daher um die Erhaltung jedes einzelnen Senator-Sitzes ringen, selbstverständlich erst recht um die unbedingte Wiederherstellung der Mehrheitsverhältnisse zu ihren Gunsten und möglichst die Überschreitung der magischen Zahl 60.

In den USA ist es schon fast politische Tradition, teils verknüpft mit ernsthaften praktischen Folgen für politische Parteien: Diejenige der beiden im Kongress miteinander streitenden großbürgerlichen Parteien, die im Präsidentenwahljahr den Sieg erringt, müsse damit rechnen, dass sie bei den darauf folgenden Zwischenwahlen die Mehrheitsposition verlieren werde. Das würde im November 2010 die Demokratische Partei hart treffen. Einige Sitze im Kongress könnten an den politischen Gegner gehen.

Zu den Zwischenwahlen im Jahre 2010

Entsprechend gesammelter historischer Erfahrungen, gepflegter Traditionen und der für jeden US-Bundesstaat juristisch festgeschriebenen und verbindlichen Wahlgesetzgebung dient bei Zwischenwahlen das erste Halbjahr davor dazu, Kandidaten für frei-

gewordene Sitze im Senat (für 6 Jahre) und für alle dem jeweiligen US-Bundesstaates zustehenden Abgeordnetensitze für das Repräsentantenhaus des Kongresses (für 2 Jahre) auszuwählen und zu nominieren. Die Parteien geben auf Wahlveranstaltungen Mitgliedern und Sympathisanten die Chance, sich zu bewerben und vorzustellen. Die Reihenfolge und schließlich die Nominierung als Repräsentant der Partei werden entschieden.

Vorliegende Berichte über den Verlauf der im Monat Mai stattgefundenen Vorwahlen 2010 in einer ganzen Reihe von Bundesstaaten belegen, dass sich sowohl in der Demokratischen als auch in der Republikanischen Partei in den Basis-Veranstaltungen außergewöhnliche Vorkommnisse ereignet haben, die für den weiteren Wahlprozess bis hin zu den Endergebnissen am 2. November 2010 von Bedeutung sind. Viele Bürger sollen zornig auf die in den USA vorhandene wirtschaftliche und politische Lage reagiert und dafür die Führungen beider Parteien verantwortlich gemacht haben. In den US-Bundesstaaten Pennsylvania, Kentucky, Utah und Arkansas wurden für die freiwerdenden Sitze im Senat nicht die von Parteiführungen vorgeschlagenen Kandidaten bestätigt und nominiert, sondern die Basisvorschläge. Medien betonten, dass ganz offensichtlich in verschiedenen US-Bundesstaaten zur Zentrale in der Hauptstadt eine ernste „Anti-Stimmung“ hinsichtlich langfristig in Washington tätigen Politiker Platz gegriffen hat.

In Pennsylvania erlitt der bereits seit 30 Jahren als Senator dieses Staates amtierende Politiker Aren Specter (80 Jahre alt) trotz persönlicher Unterstützung durch Präsident Obama mit dem Abstimmungsergebnis 46 zu 54 Prozent zugunsten des Herausforderers eine bittere Niederlage.

Auch in der Partei der Republikaner ist das Setzen auf eine „Anti-Washington-Karte“ vor allem durch rechte Führungskreise als Kampfansage an Präsident Obama und dessen Regierung verwendet worden. In Kentucky schlug Rand Paul, einer aus der Führungsmannschaft der Tea-Party-Bewegung, den vorgeschlagenen Kandidaten der Republikanischen Partei mit dem Bekenntnis: „Ich habe eine Botschaft von der Tea-Party: Wir werden unsere Regie-

nung zurück erobern.“ Paul erhielt kräftige Unterstützung durch rechts-konservative Medien, wie dem TV Sender Fox News.

Zehn Monate vor den Zwischenwahlen 2010 gefährdeten zwei prominente demokratische Senatoren, Christopher Dodd vom Bundesstaat Connecticut (65 Jahre alt, seit 35 Jahren als gemäßigter Demokrat hauptamtlich in der Politik engagiert, gegenwärtig als Vertreter des Bundesstaates Connecticut, als einflussreicher Vorsitzender des Bankenausschusses im Senat und als Unterstützer von Präsident Obama in dessen Reformprojekte Finanzwesen und Gesundheitssystem mit Leidenschaft involviert) und Byron Dorgau aus North Dakota (fürchtet die Gegnerschaft des republikanischen Gouverneurs John Hoeven bei dessen möglicher Kandidatur als künftiger Senator des Bundesstaates North Dakota) sowie Bill Ritter (erfolgreicher Gouverneur des politisch bedeutsamen Bundesstaates Colorado, in dem Barack Obama die Präsidentenwahl 2008 mit großem Vorsprung schaffte und deshalb anregte, den Parteitag der Demokraten in Colorado durchzuführen) mit plötzlichen Rücktrittserklärungen von ihren politischen Ämtern einschließlich Verzicht auf Wiederwahl im November 2010 die Positionen von Barack Obama als Präsident und der gesamten Demokratischen Partei.

Darüber frohlockten eine ganze Reihe führender Köpfe der Republikanischen Partei obwohl in ihrem eigenen Lager gleiche Probleme auftraten.. Sechs republikanische Senatsmitglieder werden im Verlaufe des Jahres 2010 in den Ruhestand versetzt, so dass sie zu den Zwischenwahlen nicht mehr antreten können.

Die Washington Post berichtete über einen völlig überraschenden Sieg des Kandidaten für die Demokratische Partei, Mark Critz, im Westen Pennsylvanias bei einer Nachwahl für den verstorbenen republikanischen Kongress-Abgeordneten John Murtha.

Mark Critz war ein ehemaliger Mitarbeiter bei John Murtha, Er setzte sich gegen den Republikaner Tim Burns durch. Die Führung der Republikanischen Partei hatte gehofft, durch einen Sieg von Tim Burns ein Signal für die gesamte Kongresswahl am 2. November 2010 zu ihren Gunsten setzen zu können. Stattdessen erlitten sie ausgerechnet in einem stockkonservativen Wahlkreis eine heftige

Niederlage. Es herrschte die Überzeugung vor, sie hätten gewinnen müssen, weil sie danach streben, im Repräsentantenhaus des Kongresses wieder Kontrolle und Führung zu übernehmen.

Die Republikaner setzen immer mehr auf die kurz nach dem Amtsantritt von Präsident Obama entstandene rechts-konservative Bürgerrechtsbewegung unter dem Namen „Tea Party Movement“.

Diese wenigen Beispiele aus den Vorwahlen zeigen, dass für die Endergebnisse bei den Zwischenwahlen am 2. November 2010 alle Optionen offen sind.

Zur Tea-Party-Movement

Anfang Februar 2010 fand in Nashville eine vier Tage dauernde 'Tea Party Convention' (Art „Parteitag“) statt, die zwar am ersten Tage mit 200 Aktivisten fast zu platzen drohte, aber nicht zuletzt von Anhängern der Republikanischen Partei aufgefangen wurde, so dass am dritten und vierten Tag mehr als eintausend Teilnehmer bei einem Eintrittsgeld von 550 Dollar registriert werden konnten.

Als eine Hauptrednerin war die 2008/2009 als Kandidatin der Republikanischen Partei für das Amt des Vizepräsidenten vorgeschlagene Gouverneurin von Alaska, Sarah Palin, eingeladen worden. Sie gab zu Beginn ihrer Rede die 100 000 Dollar Honorar für ihre Präsenz in Nashville als Spende an die Bewegung zur Unterstützung zurück und erklärte: „Die Tea-Party-Movement ist die Zukunft in der Politik.“ Sie glaube an diese Bewegung, und Amerika sei reif für eine weitere Revolution. Washington habe das Vertrauen der Menschen verloren. Sarah Palin, die inzwischen ihre politischen Ämter niedergelegt hat und mit Hilfe von Medien und einer eigenen Talk-Show Millionärin wurde und durch die Lande reist, verkündete drei Botschaften: „Zurück zur Verfassung der Gründerväter! Zurück zu dem, was das Volk wirklich glaubt! Und weniger Regierung!“

Im Spiegel Nr. 15/12. 4.10 auf den Seiten 84 bis 89 wird unter der Schlagzeile „Die rechten Revolutionäre“ im Detail darüber berichtet: „Während Barack Obama außenpolitische Erfolge feiert, erreicht die Ablehnung des Präsidenten im eigenen Land Höchststände.“

Millionen enttäuschter Bürger versammeln sich in der konservativen Tea-Party-Bewegung, die Amerikas Eliten entmachten will. Diese Partei beruft sich auf einen 1773 in Boston stattgefundenen Aufstand gegen die britischen Kolonialherren. Im Steuerstreit zwischen der britischen Krone und den Kolonien Nordamerikas schleuderten Amerikaner den Tee der Briten ins Hafenwasser. Für die damalige Zeit war das ein wichtiger und mutiger Schritt im Kampf um die amerikanische Unabhängigkeit.

Die heutige Tea-Party vereinigt Ultrarechte und Markt-Liberale, die gegen die Macht des Staates, die Gesundheitsreform, die angeblich erst unter Obamas Führung aufgeblähte Staatsverschuldung, weiter gegen staatliche Konjunkturprogramme und gegen höhere Steuern wettern und dagegen nationale Protestaktionen organisieren. Sie bezeichnen Präsident Barack Obama als Lügner und als angeblich verkappten Rassisten, vergleichen ihn mit Hitler, nennen ihn bei seinem zweiten Vornamen Hussein und bezweifeln immer wieder seine Staatsbürgerschaft

Im Verlaufe seiner bisherigen Präsidentschaft seien Barack Obama zwar einige innen- und vor allem außenpolitische Erfolge gelungen, aber im eigenen Land werde er angefeindet wie selten zuvor ein Präsident. In einer Gallup-Umfrage Ende März 2010 sahen sich demokratische Politiker auf dem tiefsten Wert der Zustimmung seit fast zwei Jahrzehnten. 60 Prozent der Bürger der USA würden glauben, Amerika sei auf dem falschen Entwicklungsweg und befänden sich im Niedergang. Was die Welt einte, spalte das Land. (siehe Spiegel S. 84)

An Fakten für diese jüngsten Vorgänge zum Anwachsen des Tea-Party-Movements werden im Spiegel genannt: Rund acht Millionen Sympathisanten würden inzwischen diese rechte konservative Bewegung aktiv unterstützen, darunter überraschend viele, die sich zuvor nicht politisch engagiert hätten. Die „Tea-Party“ sei dabei, sich als dritte politische Kraft zu etablieren, neben den Republikanern und Demokraten. Als Beispiele des Bemühens von führenden Vertretern der Republikanischen Partei um die „Tea-Party“ werden genannt: Die Erklärung des Parteichefs Michael Steele als Anhänger dieser Bewegung und die ausdrückliche Betonung von Scott Brown

in Massachusetts bei den erfolgreichen Nachwahlen um den Senatsitz des verstorbenen Ted Kennedy als Tea-Party-Kandidat. Die Verfasser des Spiegel-Artikels kommen zu dem Schluss: „Wer unter den Konservativen im November in den Zwischenwahlen zum Kongress gewinnen will, bemüht sich um die Gunst der Rebellen.“ (S. 89)

Zur Coffee-Party-Bewegung

Bei der Bewertung der sich im Wahlprozess zu den Zwischenwahlen in den USA vollziehenden und noch verschärfenden politischen Auseinandersetzungen ist es wichtig, einer heranwachsenden neuen Graswurzelbewegung unter dem Namen 'Coffee-Party' besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Die Aktivisten dieser Bewegung sind ebenfalls frustriert über die politische Lage in den USA, aber in Konkurrenz zur Tea-Party-Bewegung, die lautstark und radikal gegen die Obama-Regierung hetzt und zur Entmachtung der herrschenden Elite aufruft, wollen die Mitglieder der 'Coffee-Party' mit der Obama-Regierung konstruktiv zusammenarbeiten und Obama im Wahlkampf unterstützen. Speziell über Internet, beispielsweise Facebook, Twitter oder YouTube, entfachen sie politische Dialoge und nehmen so Einfluss auf das politische Geschehen. Das Gemeinsame hebt eine Anhängerin auf ihrer Facebook-Seite folgendermaßen hervor: „Wir denken, dass man mit Hass gegenüber der Regierung keine Probleme lösen kann. Die Regierung ist nicht unser Feind, sondern Ausdruck unseres Willens. Wir müssen am demokratischen Prozess teilnehmen, um unsere Ziele zu erreichen.“

Die Coffee-Party entfaltete sich in kurzer Zeit zu einem wirksamen Gegenmodell der Tea-Party. Der 13. März 2010 ging in die jüngste Geschichte der USA als erster „National Coffee-Party-Day“ ein. In über 400 Städten und Dörfern von 44 US-Bundesstaaten trafen sich Fans der Coffee-Party, auch in der Hauptstadt Washington, D.C., im angesagten 'Busboys und Poets'. An den Diskussionen zu den Themen Jobs, Gesundheitsreform und Enttäuschungen mit der Obama-Regierung beteiligten sich tausende Anhänger und unterbreiteten viele Vorschläge für praktische politische Aktionen der Bewegung. Eine Teilnehmerin dieser Treffen äußerte folgende Ge-

danken, die weitreichende Anerkennung und Unterstützung fanden: „Das ist ein neuer Ort für Leute wie mich, die nicht gleich in eine Schublade gesteckt werden wollen und glauben, dass wir endlich etwas hinbekommen müssen. Ich bin so bestürzt, dass sich im Kongress nichts bewegt.“ Die Gründerin der Coffee-Party, Annabel Park, sagte: „Wir wollen die Obama-Regierung nicht als Feind oder gar als Teufel, sondern als einen Staat, der sich ändert. Mal sehen, was passiert.“ Sie hat einen erfahrenen Kämpfer an ihrer Seite, den früheren obersten Militärankläger für Guantanamo, Morris Davis. Der Ex-Oberst, der aus Protest gegen die Menschenrechtsverstöße durch US-Soldaten seinen Posten niederlegte, sieht in der Coffee-Party-Bewegung das Gegengewicht zu einer „überdrehten Minderheit, die zu Veranstaltungen Waffen mitbringt und den Gegner diffamiert“.

Am 27. März 2010 hatte die progressive Coffee -Party-Bewegung einen Aktionstag festgelegt, an dem bereits 500 Treffen von Anhängern im ganzen Land stattfanden. Für August soll es den ersten großen Parteitag geben.

Zu Obamas Wahlkampfstrategie

Präsident Barack Obama verfolgt offensichtlich für die Zeit bis zu den Zwischenwahlen im November 2010 im Wahlkampf mit den Republikanern folgende Strategie: Beflügelt durch die bisherigen Erfolge im Kampf um eine Gesundheitsreform und um Abrüstung (bezieht sich besonders auf das START - Abkommen mit Russland) wird er versuchen, die Republikaner mit weiteren Reformprojekten unter Druck setzen und die Wählerinnen und Wähler für die Demokraten zu gewinnen

Drei Schwerpunkte stehen dabei im Mittelpunkt seiner politischen Strategie: Finanzmarktreform und ein neues System der Finanzkontrolle, Energiesicherungsgesetz mit dem Ziel, neue Ansätze für Umweltschutz und Bewältigung der ausgebrochenen Klimakrise zu finden, und schließlich solche politischen Konzeptionen für eine Einwanderungsreform zu propagieren, für die sich die Mehrzahl der Bevölkerung einsetzen könnte und würde.

Zur Finanzmarktreform

Der Kampf um die Verabschiedung der Finanzmarktreform in den beiden Kammern des Kongresses erweist sich als ein Schulbeispiel für die eingetretene verschärfte Auseinandersetzung zwischen Demokraten und Republikanern. Bereits im Dezember 2009 hatte im Repräsentantenhaus nach umfangreichen Diskussionen und der Einigung auf bestimmte Vorschläge zur Abänderung bzw. Ergänzung der schriftlichen Texte eine Mehrheit dem Reformentwurf zugestimmt. Bevor dem Präsidenten durch den Kongress ein Gesetz zur Unterschrift eingereicht werden kann, bedarf es der Zustimmung des Senats. Oppositionelle Republikaner verstanden es auf ganz unterschiedliche Art und Weise, die Behandlung des gleichen Rohentwurfs der Finanzmarktreform bis in die letzten Apriltage 2010 zu verschleppen. Sie wollten verhindern, dass Präsident Obama wenige Monate vor den Zwischenwahlen weitere innenpolitische Erfolge erzielen konnte. Dazu kam noch, wie bereits erwähnt, dass sie nunmehr die parlamentarische Verzögerungstaktik des Filibusters in Anwendung bringen konnten. Dies geschah durch Entscheidung der republikanischen Senatoren am 26. April 2010 auf der Beratung des Senats, aber sie hielten diese Methode nur ganze zwei Tage durch, weil die Mehrzahl der US-Bürger von den Senatoren endlich Zustimmung für neue Regelungen der Finanzaufsicht und vor allem für die Kontrolle der Banken erwarteten. Entsprechend der Geschäftsordnung wollen die Republikaner nunmehr vor dem Plenum Veränderungen und Ergänzungen des Reformentwurfs nach ihren Vorstellungen erreichen. Der demokratische Mehrheitsführer im Senat, Harry Reid, erklärte: „Die Amerikaner haben lange genug darauf gewartet, dass sich ihre Vertreter an die Arbeit machen, um die Wall Street aufzuräumen.“ Beide Parteien haben sich darauf verständigt, nach gemeinsamen Beratungen eine sogenannte einstimmige Einwilligung zu erreichen, um sich eine weitere Abstimmung zu ersparen.

Sprecher der Obama-Regierung betonten, dass es sich mit dieser Reform um die tiefgreifendste seit den 30er Jahren des vergangenen Jahrhunderts handelt. Eine breite Mehrheit der US-Bevölkerung unterstützt und fordert strengere Regeln für die Wall Street, die durch

die 2008 ausgebrochene Finanzmarktkrise in Misskredit geraten war.

In der ersten Mai-Woche 2010 kam es an der Wall-Street in New York zu solch schweren, drastischen und plötzlichen Abstürzen von Einzelwerten, dass die US-Börsenaufsicht SEC Krisensitzungen durchführte mit dem Ziel, zusätzliche Kontrollmaßnahmen im Handelssystem zu installieren, um weitere Abstürze zu verhindern. Sie klagte bei Richtern in New York und Kalifornien einige große Ratingagenturen dafür an, betrügerisch oder grob fahrlässig strukturierte Finanzprodukte angeboten zu haben, die sich später als wertlos erwiesen. Die Hauptaufgabe der Ratingagenturen besteht darin, die Kreditwürdigkeit von Unternehmen, Wertpapieren und Staaten zu prüfen und dabei eine Noten-Skala von AAA (uneingeschränkt zahlungsfähig) bis D (zahlungsunfähig) zur Bewertung zu nutzen. Anhand der Noten entscheiden die Anleger, wo sie ihr Geld investieren. Während der Finanzkrise passierte es häufig, dass die Ratingagenturen ihr Geld von denjenigen erhielten, die sie bewerteten. Gegen dabei aufgetretene Manipulationen musste die Aufsichtsbehörde SEC vorgehen. Aber bei der Ursachenforschung tappete die SEC nach wie vor weitgehend im Dunkeln.

Der Vorsitzende des Bankenausschusses im Senat, Chris Dodd, verwies darauf, dass auf den Märkten eine Casino-Atmosphäre entstanden ist. Er forderte eine bessere und vor allem eine strengere Regulierung der Finanzmärkte. Besonders streng sollten in Zukunft die Hedgefonds kontrolliert werden; Diese Investmentfirmen legen für Vermögende, Pensionsfonds und Stiftungen das Kapital weltweit an und gehören zu den Mitverursachern der Finanzkrise. Die Fonds leihen sich kurzfristig ein Vielfaches ihres Einsatzes, um möglichst hohe Gewinne zu erzielen. Damit multiplizieren sie aber ihre Risiken. Bei unvorhergesehenen Kursveränderungen geraten die Fonds schnell in Schieflage und müssen dann alle möglichen Wertpapiere verkaufen. Im Krisenfall breitet sich mit ihnen der Wertverfall von einem Markt zum anderen aus. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit für eine unbedingt strengere Kontrolle als bisher. Der Senat, so Chris Dodd, sollte für sich selbst den Schluss zie-

hen, endlich die von Präsident Obama vorgelegte Finanzmarktreform zu bestätigen.

In der Nacht vom 20. zum 21. Mai 2010 bestätigte der Senat mit 59 zu 39 Stimmen das von Präsident Obama und der Senatsfraktion der Demokratischen Partei gemeinsam eingebrachte Gesetzespaket für eine weitreichende Finanzmarktreform in einem Umfang von 1000 Seiten. Vier Mitglieder der Senatsfraktion der Republikanischen Partei stimmten für dieses Gesetzeswerk und 39 dagegen, weil dies ein übertriebener Eingriff des Staates in den Bereich der Finanzwirtschaft bedeute, den sie grundsätzlich ablehnen.

Dem endgültigen Votum im Senat waren zahlreiche Abstimmungen über Änderungsanträge vorausgegangen. Die Finanzindustrie, besonders die Wall Street, hatte ein Großaufgebot von Lobbyisten aktiviert, um die Reform zu verhindern, von der sie Beschränkungen für ihre Gewinnmöglichkeiten infolge radikaler Reformen befürchteten.

Wenige Stunden vor der Abstimmung im Senat erklärte US-Präsident Obama, das Ziel des Gesetzes sei es nicht, die Banken zu bestrafen, vielmehr sollten damit die Wirtschaft insgesamt gestärkt und die Bürger geschützt werden: „Die Reform wird nicht die freien Kräfte des Marktes unterdrücken. Sie wird einfach berechenbare, verantwortliche und vernünftige Regeln auf den Markt bringen.“

Das Gesetz sieht die Einrichtung eines speziellen „Rats für Systemrisiken“ vor, der warnen soll, wenn neue Spekulationsblasen entstehen oder Finanzinstitutionen eine Größe erreichen sollten, die mit ihren Leistungen die Volkswirtschaft bedrohen. Die Aufsicht der Notenbank über die Finanzinstitute wird erweitert. All diese Glieder eines Kontrollmechanismus zusammen sind verpflichtet, die Regierung regelmäßig über Entwicklungen im Finanzsektor zu unterrichten, die zu Systemrisiken führen könnten. Die Regierung erhält das Recht, Finanzinstitute in eng begrenzten Ausnahmefällen zwangsweise aufzukaufen, aufzuteilen oder gar zu liquidieren. Das soll eine Wiederholung der Situation von 2008 verhindern.

Zugleich ist geplant, eine Verbraucherschutzbehörde einzurichten. Die Consumer Financial Protection Agency (CFPA) soll künftig den

Käuferschutz bei der Vermittlung von Finanzprodukten verbessern helfen. Unter anderem hat sie das Recht, Finanzunternehmen dazu zu zwingen, kundenfreundliche und transparente Produkte anzubieten. Bei Verstößen soll sie dazu berechtigt sein, Bußgelder gegen die Unternehmen zu verhängen. Diese Behörde bündelt Aufgaben, die bisher von verschiedenen Behörden auf Bundes- bzw. auf der Ebene der US.- Bundesstaaten wahrgenommen wurden.

Bevor Präsident Barack Obama das Gesetz mit seiner Unterschrift in Kraft setzen kann, müssen die in beiden Kammern des Kongresses verabschiedeten unterschiedlichen Entwürfe nun zusammengefügt und erneut zur Abstimmung gestellt werden. Über den Ausgang dieses Prozesses äußerte sich der Vorsitzende des Finanzmarktausschusses des Repräsentantenhauses, Barney Frank, ziemlich optimistisch: „Der Präsident, da bin ich nun sicher, wird das Gesetz vor dem 4. Juli unterzeichnet haben.“ Dies wäre nach der Gesundheitsreform der zweite große innenpolitische Erfolg für Obama, für seine Regierung und seine Freunde und Sympathisanten in der Bevölkerung der USA.

Zur Reform des Gesundheitswesens

Während des gesamten Wahlkampfes um die Präsidentschaft in den Jahren 2007 und 2008 sowie im Verlauf des ersten Amtsjahres als Präsident der USA erklärte Barack Obama eine Reform des Gesundheitswesens zu einer seiner wichtigsten politischen Aufgaben. Und die Verabschiedung der Gesundheitsreform im März 2010 wurde in vielen Pressemeldungen als der bisher größte innenpolitische Erfolg von Barack Obama gewürdigt. Die New York Times sah darin einen überfälligen, energischen Schritt in Richtung soziales Sicherheitsnetz. Im Magazin „The Nation“ erklärten linke Politiker, dass ein guter Anfang gemacht sei, aber der Kampf gegen die Schwächen des Gesundheitsgesetzes müsste zielgerichtet bis zu ihrer Korrektur weitergeführt werden.

Das „Gesetz über die Gesundheitsreform“ beinhaltet, dass von den gegenwärtig rund 47 Millionen US-Bürgern, die über keinerlei Krankenversicherung verfügen, nunmehr ca. 32 Millionen die Möglichkeit erhalten, mit privaten Versicherungskonzernen - bei Einhaltung von deren Konditionen - eine Krankenversicherung abzu-

schließen. Damit verbleiben 15 Millionen Bürger ohne Absicherung im Krankheitsfall. Seit Jahrzehnten wird in den USA der „Kampf um die Absicherung im Krankheitsfall für alle geführt. Dieser Kampf muss weitergeführt werden.“

Das von Präsident Barack Obama unterschriebene Gesetz für eine Gesundheitsreform ist durchaus ein bedeutendes Gesetzespaket, das - bei konsequenter Umsetzung - eine ganze Reihe Ungerechtigkeiten im bestehenden Gesundheitssystem der USA zu korrigieren verspricht. Aber es ist keine die Gesellschaft umwälzende Reform. Diese jedoch war von den Gründungsvätern des Gesetzes über eine Gesundheitsreform angestrebt worden. Der bekannte Kolumnist der New York Times, Frank Rich, stellte klar, dass es längst um viel mehr ging, als um eine Gesundheitsreform. Das dem Präsidenten vom Kongress zur Unterschrift vorgelegte Gesetz erschütterte ganz offensichtlich das Weltbild vieler weißer Amerikaner ebenso wie die im Jahre 2008 erfolgte Wahl des ersten schwarzen Präsidenten Barack Obama. „Es sei deshalb auch egal,“ meint Rich, „was Präsident Obama per Gesetz zuerst neu geregelt hätte, ob das Einwanderungsrecht, die Finanzmärkte, den Klimawandel oder das Gesundheitswesen. Die Reaktion wäre die gleiche gewesen.“

Auch Gary Young vom Magazin „The Nation“ ist davon überzeugt, dass die von republikanischen Oppositionspolitikern inszenierten und organisierten Demonstrationen der Tea-Party gegen die Obama-Reformen, bei denen afroamerikanische Kongressmitglieder, die für das Gesetz gestimmt hatten, mit Eiern beworfen und bespuckt worden waren sowie mit dem Ruf provokativ aufgefordert wurden „Kill the bill, Nigger“, einem verzweifelten Widerstand reaktionärer Gruppen entsprangen: „Daher wüten die Anhänger der konservativen Tea-Party-Bewegung auch nicht gegen Abtreibung, Homosexualität oder Stammzellenforschung, sondern gegen einen Staat, der zu viel Geld für die Rettung der Wall Street ausgibt oder für eine Gesundheitsreform, die angeblich vor allen den Schwarzen nützt. Stattdessen wünschten sie sich ein Amerika wie am Tag nach dem 11. September 2001 mit flaggenseligem Patriotismus und religiöser Erbauung. Mit Obama und den Demokraten dürfte es so nie

kommen, aber auch nicht mit den Republikanern. Nur trauten sich die Republikaner noch nicht, ihren Wählern dies auch zu sagen.“ Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang folgendes: Christoph von Marschall, Korrespondent der Zeitung 'Der Tagesspiegel' und Mitglied der 'White House Korrespondent Association' meldete, dass Präsident Barack Obama beim Dinner dieser Gesellschaft darüber berichtete, dass die Republikaner, die bisher die Gesundheitsreform bekämpft hatten, ein durchweg ähnliches Gesetz im US-Bundesstaat Massachusetts verabschiedet haben. „Aber“, so der Präsident „keine Sorge, Gedächtnisverlust ist eine Krankheit, die seit meiner Reform zum Leistungskatalog der Versicherer zählt.“ Auch er habe Träume aufgeben müssen. „Eigentlich wollte ich den Nobelpreis für Physik. Man kann nicht alles haben.“

Während die konservativen Politiker in den USA mit der Verbreitung von Hass und Gewalt gegen den Reformen Obama angehen, um seine Reformpolitik zu torpedieren und ihn von der Staatsmacht zu vertreiben, wendet sich der weltweit hoch geschätzte Filmproduzent und Buchautor Michael Moore mit künstlerisch wertvollen Beiträgen zum Gesetz über die Gesundheitsreform an die Öffentlichkeit und direkt an Präsident Obama. Sein Ziel: mit ausgewogenem Lob und Tadel Obama für konkrete Vorschläge zu Veränderungen und Ergänzungen des Gesetzes zu gewinnen. Seit Jahren übt Michael Moore mit seinen Filmen und Buchproduktionen Einfluss im konsequent links-liberalen Lager der USA aus.

In seinem Dokumentarfilm „Sicko“ (sick heißt im Englischen krank) hatte Michael Moore im Jahre 2007 das alte Gesundheitssystem der USA mit fast 50 Millionen Bürgern ohne jede Krankenversicherung, mit nicht versorgten schwerstkranken Menschen und mit am Profit orientierten Arzneimittelkonzernen angeprangert und eine Gesundheitsreform unterstützt.

Das von Obama unterschriebene Gesetz, so Michael Moore, „bedeutete zwei Schritte vorwärts und einen Riesenschritt zurück, weil unser Gesundheitssystem in den Händen privater, nach kapitalistischen Regeln funktionierender Unternehmen bleibt, die zwischen uns und den Ärzten stehen“. Nachteile für die bereits versicherten Bürger können entstehen, wenn die Versicherungsunternehmen die Kondi-

tionen neu bestimmen, z.B. neue Versicherungsbedingungen für schwere Arten von Erkrankungen festlegen und dazu die Tarife erhöhen und deren Gültigkeit verändern. Bei erstmals zu versichernden Bürgern kann es zu anderen Festlegungen des Personenkreises und zu neuen Bestimmungen der Konditionen kommen, wiederum verbunden mit veränderten, oft höheren Tarifen.

Michael Moore erkannte die Verdienste des Gesetzes an und bedankte sich besonders bei seinem Abgeordneten Bart Stupak, den er gemeinsam mit seinen Nachbarn in Michigan tagelang mit Mails bombardiert hatte, damit er für das Gesetz stimmt: „In sechs Monaten können die Versicherungen Kinder mit angeborenen Krankheiten nicht mehr ablehnen.“ Er appellierte zugleich an die Versicherungen, doch gleich morgen damit anzufangen.

So bleibt die Umsetzung der Reform bei den privaten – kapitalistischen Versicherungsunternehmen. Dazu kommt, dass auch mit dem neuen Gesetz die unterschiedlichen Konditionen und Leistungen für Bürger aus Afrika, Asien und Latinos – oft mit diskriminierenden Bedingungen – bestehen bleiben. Rund 15 Millionen Bürger der USA bleiben auch nach diesem Gesetz von einer Krankenversicherung ausgeschlossen.

Vieles bleibt offen, und es gibt Unsicherheiten was Leistungskataloge und Tarife betrifft und auch das wurde von Seiten konservativer Kräfte genutzt, um Menschen für Demonstrationen gegen die Gesundheitsreform zu mobilisieren.

Die Notwendigkeit einer politischen Konzeptionen für eine Einwanderungsreform

Die Reform der US-amerikanischen Immigrationsgesetze gehörte zu einem wichtigen Wahlversprechen Obamas. Sie wurde bisher – offensichtlich auch auf Grund der harten Auseinandersetzungen zur Gesundheitsreform – vertagt.

In der Regierungspraxis ist kein grundlegender Wandel in der Immigrationspolitik festzustellen. In den USA leben nach Pressemeldungen insgesamt 12 Millionen Menschen ohne offizielle Papiere. Die Angehörigen dieser Bevölkerungsgruppe, die teilweise schon seit Jahrzehnten im Lande leben, sind meist in Unternehmen mit

den am niedrigsten bezahlten Berufen tätig. Ihre Einkommen liegen oft unter den gesetzlichen Mindestlöhnen.

Im Jahr 2009 wurden bei Razzien an Arbeitsstellen über 350 000 Menschen inhaftiert, weil sie einen Job ausübten, den sie eigentlich nicht haben durften. Angeblich richteten sich diese Aktionen gegen Unternehmer, die illegal Arbeitskräfte beschäftigten. Die Opfer sind aber diejenigen, die für sich und ihre Familien den Lebensunterhalt verdienen wollten. Betriebe, deren Beschäftigte sich gewerkschaftlich organisiert hatten, wurden besonders häufig durchsucht. So wird die Wahrnehmung der Rechte der Gewerkschaften als 'Verbrechen' behandelt.

Der Kampf um einen menschenwürdigen Umgang mit Arbeitssuchenden aus Lateinamerika, aus afrikanischen und asiatischen Staaten ist im Frühjahr 2010 ins Zentrum der sozialen Auseinandersetzungen gerückt. Am 21. März 2010 demonstrierten in der Hauptstadt Washington über 200 000 Menschen für die Rechte der Immigranten – ein Vorzeichen für die nächsten politischen Kämpfe, die in den USA zu erwarten sind. Die Gewerkschaften unterstützten diese März-Demonstration.

Am 2. Mai 2010 gingen in verschiedenen Bundesstaaten der USA über 100 000 Menschen aus Protest gegen Änderungen des Einwanderungsrechtes im US-Bundesstaat Arizona auf die Straße. Die republikanische Gouverneurin Janice Brewer hatte Ende April die Verordnung unterzeichnet, wonach die Polizeikräfte des Bundesstaates verpflichtet wurden, alle Personen festzunehmen, die bei willkürlichen Kontrollen nicht unverzüglich beweisen können, dass sie sich legal im Land aufhalten. Zudem fördert das Reglement die Denunziation: Jeder beliebige Mensch kann die Behörden dazu verpflichten, den Aufenthaltsstatus von anderen zu überprüfen. Kritiker dieser Gesetzesnovelle gehen davon aus, dass diese sogenannten Verpflichtungen vor allem US-Bürger aus Lateinamerika unter einen Generalverdacht stellen wird und dass Polizeischikanen Tür und Tor geöffnet werden. Gleich nach Unterzeichnung durch Brewer formierte sich landesweit eine breite Opposition, die durch Proteste das Gesetz doch noch zu Fall bringen will und die selbst weit in die Republikanische Partei hinein reicht. Prominente Politiker

und Bürgermeister etlicher US-Städte riefen dazu auf, neben der Abschaffung des neuen Einwanderungsgesetzes in Arizona eine umfassende Reform der Einwanderungsvorschriften in den USA zu fordern.

Prominentester Gegner des neuen Einwanderungsgesetzes von Arizona ist US-Präsident Barack Obama. Jüngst bezeichnete er dieses Gesetzespaket als „irregeleitet“, da es „das grundlegende Verständnis von Fairness untergräbt, das wir als Amerikaner schätzen“. Zudem würde das „Vertrauen zwischen Polizeikräften und den Einwanderungsgemeinschaften zerstört“. Allein in Arizona leben ca. 460 000 Menschen ohne behördliche Anerkennung. Ihre eigenen gebildeten Verbände fordern von der Obama-Regierung, ihnen im Rahmen einer Einwanderungsreform einen legalen Aufenthaltsstatus zu gewähren.

Zur Wahl eines der neun Mitglieder des Obersten Gerichtshofes der USA

Im zentralen Machtapparat der USA nimmt der aus neun Mitgliedern bestehende Oberste Gerichtshof eine besondere Position ein. Zwei Merkmale sind bedeutungsvoll: Erstens ist der Oberste Gerichtshof das einzige zentrale Machtorgan in den USA, das durch eigene Mehrheitsbeschlüsse grundlegende Veränderungen im politischen Gesamtsystem einleiten und bei praktischer Umsetzung erreichen kann. Das betrifft vor allem Gesetze, die durch Nachweis von Verfassungswidrigkeit für ungültig erklärt werden können, dadurch die juristische Rechtskraft verlieren und abgesetzt werden müssen. Und das betrifft personelle Rechtsentscheidungen bis in höchste politische Ämter, wie im Jahr 2004 das 5:4-Urteil des Obersten Gerichtshofes zugunsten einer zweiten Amtsperiode für US-Präsident George W. Bush und gegen den Präsidentschaftskandidaten der Demokratischen Partei, Al Gore, der bei der Wahl deutlich mehr Wählerstimmen auf sich vereinigen konnte. Und zweitens: Der US-Präsident ist als einziger Politiker in den USA dazu berechtigt, die Besetzung der neun Mitglieder des Obersten Gerichtshofes durch Ernennung und Berufung zu entscheiden, was allerdings der unbedingten Zustimmung durch den Senat bedarf. Damit ist klar, dass es im Hintergrund der konkreten innenpolitischen Situation mitten im Wahlkampf zu den Zwischenwahlen 2010 nicht um bloße

Richterstimmen gehen kann, sondern für die Wählerinnen und Wähler steht das gesamte politische, wirtschaftliche und soziale Programm sowohl des Präsidenten Barack Obama als auch der beiden Fraktionen des Kongresses auf dem Prüfstand – wobei Obama sogar auf sein Vermächtnis achten muss, das ernsthaft gefährdet werden kann. In einer Reihe von Presseberichten wird bereits mit Nachdruck hervorgehoben, dass schwere Zeiten mit harten Auseinandersetzungen und Kämpfen bevorstehen.

Offizieller Anlass für die Neubesetzung eines Mitgliedes des Obersten Gerichts im Mai 2010 war die Rücktrittserklärung des 90jährigen Veteranen John Paul Stevens. Vor reichlich 35 Jahren war er vom damaligen Präsidenten Gerald R. Ford für das Amt eines Obersten Richters auf Lebenszeit ernannt und berufen worden. Bereits nach kurzer Zeit entwickelte er sich zum Wortführer des linken, liberalen Flügels im Obersten Gerichtshof der USA. Experten im vielseitigen Gerichtswesen der Hauptstadt ist bestens bekannt, dass Richter Stevens seine Rücktrittserklärung bewusst über die Amtszeit des Präsidenten George W. Bush hinaus verschoben hatte, um mit diesem Schritt nicht den konservativen Flügel unter Bush zu verstärken.

Jetzt war Präsident Barack Obama an der Macht. Von ihm erwartete der in der Bevölkerung hoch geschätzte greise Stevens Richtungsentscheidungen in der Besetzung des Obersten Gerichtshofes zugunsten des liberalen, demokratischen, linken Flügels. Aus der Sicht des Weißen Hauses war die bestehende Besetzung des Obersten Gerichts ein gewisses Hindernis für Obamas Agenda.

Im vergangenen Jahr gelang Obama dieses Vorhaben durch die Ernennung und Berufung von Sonia Sotomajor, der ersten Latina am Obersten Gerichtshof. Für seine zweite Amtshandlung zur Berufung eines neuen Mitglieds des Obersten Gerichts hatten sich einige in Juristenkreisen bekannte Anwälte und Richter, wie Tom Goldstein, Merrick Garland und Sidney Thomas vorgestellt und gehofft, von Obama ernannt zu werden.

Dies geschah jedoch nicht. Richard Viguerie, ein konservativer Aktivist, bekannt als Organisator von PR-Offensiven rechter politischer Kreise in Washington, ließ über die Presse verkünden, was die Rechten unternehmen wollen, wenn Präsident Obama Vorschläge zur Stärkung des linken Flügels unterbreiten würde: „Wer immer

Kandidat sein wird, muss sich auf einiges gefasst machen. Washington rüstet sich für eine ideologische Schlacht, die von den Insidern in Kanzleien und Redaktionen der Hauptstadt bestimmt wird. Ihr Ausgang könnte das ganze Land nachhaltiger verändern als manches umstrittene Gesetz. Das amerikanische Volk soll sehen, wie radikal Obama wirklich ist.“ Sowie der Präsident seinen Berufungsvorschlag bekannt gegeben habe, wollen sie sofort Millionen Broschüren dagegen herausgeben, um das Anhörungsverfahren im Senat zu beeinflussen. Sollte Elena Kagan das von Obama auserwählte nächste Mitglied sein, dann würden sie diese Juristin in einer Broschüre als eine Militär-feindliche Schwulenfreundin darstellen. Die Rechten würden erklären, warum die Wahl des Präsidenten schlecht für die USA sei.

Ungeachtet dieser Drohungen berief Präsident Barack Obama, Elena Kagan, die für seine Regierung als Rechtsexpertin tätig ist, zur neuen Richterin am Obersten Gerichtshof der USA

Seit März 2009 ist sie 'Solicitor General' des Weißen Hauses. In dieser Funktion vertritt sie mit Erfolg die US-Regierung bei Verfahren vor dem Obersten Gericht.

Die amtierende Generalbundesanwältin und ehemalige Dekanin der Rechtsfakultät in Harvard gilt als Anhängerin der Demokraten und war bereits für den früheren Präsidenten William Clinton tätig. Den Nachrichtenagenturen zufolge soll sie den „linksliberalen Flügel“ (AFP) des neunköpfigen Supreme Court auf Jahrzehnte hinaus stärken. Elena Kagan soll die Nachfolge von John Paul Stevens antreten.

Ihre Ernennung muss noch vom Senat bestätigt werden, wo sie auch auf Stimmen unter den republikanischen Senatoren angewiesen ist. Sie wird dann nicht nur das jüngste Mitglied des Obersten Gerichtshofes, sondern auch das einzige ohne vorherige Erfahrungen auf der Richterbank

Präsident Barack Obama hat seine Entscheidung über die Neubesetzung getroffen. Die Besetzung des Obersten Gerichtshofes der USA ist eine politisch wichtige Frage, denn die auf Lebenszeit berufenen neun Richter entscheiden über viele strittige Themen in letzter Instanz. Speziell im Senat, aber auch in der Öffentlichkeit wird es bis zum Wahl-Dienstag im November manch umfangreiche und

wahrscheinlich auch hitzige Debatte und Auseinandersetzung geben, die bei Zurückweisung von Verleumdungen und Beleidigungen an die Adresse von Wahlkandidaten zur Lösung sachlicher Grundanliegen und Forderungen breiter Bevölkerungskreise beitragen können.

Zu Reforminitiativen auf den Gebieten Umweltschutz und Klimawandel

Seit Beginn der Senatsdebatte über den Entwurf eines Klimaschutzgesetzes am 11. Dezember 2009 waren die Fraktion der Demokraten und die beiden unabhängigen Senatsmitglieder darum bemüht, die Zusammenarbeit mit Senatoren der Fraktion der Republikaner zu entwickeln und zu pflegen. Der republikanische Senator Lindsey Graham vom Bundesstaat South Carolina entschloss sich in dieser Sache zu einer Zusammenarbeit. Zu Dritt erarbeiteten sie den Entwurf eines Klimaschutzgesetzes auf Kompromissbasis, einer bereits oft bei der Lösung komplizierter Fragen angewandten Praxis. Präsident Obama und die Fraktion der Demokraten hofften, dass es auf diese Art und Weise im Ringen um ein Klimaschutzgesetz zu einem Durchbruch kommen würde.

Am 26. April 2010 kündigte Senator Lindsey Graham seine Mitarbeit an den Kompromissformeln auf und zerstörte damit die seit vielen Monaten erfolgreich vor sich gegangene Zusammenarbeit. Vor der Presse rechtfertigte er seinen völlig unerwarteten Rückzug mit fadenscheinigen Argumenten. Angeblich plane die demokratische Senatsfraktion „zynische“ politische Schachzüge, um ihre Reformen mit Hilfe und Unterstützung durch den Senat zu verwirklichen. Der republikanische Oppositionsführer im Senat, Mitch McConnell, kündigte den sofortigen Widerstand zu dem Entwurf des Klimaschutzgesetzes an und erklärte: „Was auch immer die Intention des Gesetzes ist, es ist wenig mehr als eine job killende Energiesteuer.“

Am 13. Mai 2010 legten dann die beiden national und international bekannten Senatoren John Kerry (Demokrat) und Joseph Lieberman (unabhängig) im Senat den Entwurf eines Klimaschutzgesetzes vor, der absolut mit den von Präsident Barack Obama verfolgten wichtigsten politischen Reformprojekten übereinstimmt. Er begrüßte

den Gesetzentwurf. Dieser bringe die USA „auf den richtigen Weg zu sauberer Energie“. Den Senat forderte er dazu auf, noch in diesem Jahr zu handeln. Ein konkreter Termin für den Beginn der Senatsdebatte steht noch nicht fest.

Gemeinsam mit Vertretern von Umweltorganisationen und Verbänden der Industrie nannte John Kerry vor der Presse den Senatsentwurf ein „Signal an die Welt, dass Amerika bereit ist, seine Rolle als Weltführer bei der sauberen Energiegewinnung zurückzugewinnen“. Joseph Lieberman charakterisierte den Gesetzentwurf als eine „marktwirtschaftliche Partnerschaft zwischen öffentlichem und privatem Sektor“ und betonte, dass die Abhängigkeit der USA von ausländischem Öl gemindert werde.

Der fast 1000 Seiten starke Gesetzentwurf enthält eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen mit dem Kernstück, den Treibhausgasausstoß der USA bis 2020 insgesamt um 17 Prozent und bis 2050 um mehr als 80 Prozent zu senken – allerdings im Vergleich zum Jahr 2005. Gegenüber 1990, dem international üblichen Basisjahr für Klimazusagen, erbringen die vorgeschlagenen Maßnahmen, sollten sie beschlossen werden, eine Minderung um etwa vier Prozent.

Der Entwurf setzt Obergrenzen für einzelne Industriesektoren, innerhalb derer dann sogenannte Verschmutzungszertifikate gehandelt werden sollen. Das betraf 7500 Industrieanlagen – etwa zwei Prozent der US-Firmen. Allerdings sind diese für 75 Prozent der US-Emissionen verantwortlich.

Der Entwurf enthält außerdem eine Reihe Zugeständnisse an die Wirtschaft. Beispielsweise werden 54 Milliarden Dollar staatliche Bürgschaften für neue Atomkraftwerke zugesagt. Für Maßnahmen zur Reduzierung von Treibhausgasen im Verkehrswesen und fürs Energiesparen sind sieben Milliarden Dollar pro Jahr vorgesehen.

Unter dem unmittelbaren Eindruck der Ölkatastrophe im Golf von Mexiko wurde eine spezielle Passage in den Gesetzentwurf eingefügt, nach der einzelne US-Bundesstaaten Tiefseebohrungen vor ihrer Küste untersagen können. Nach der Erforschung und Kenntnis der Ursachen sowie der Folgen dieser verheerenden Katastrophe sind weitere Festlegungen zu treffen und per Gesetz zu beschließen.

(Wir werden in dieser Reihe ein spezielles Heft zur Ölpest im Golf von Mexiko vorlegen)

Am 16. Mai 2010 veröffentlichte der Tagesspiegel auf Seite 8 unter der Überschrift „Mehr Wind. Vom Kongress ist trotz Ölpest nicht mehr Klimaschutz zu erwarten. Die Energiewende in den USA kommt dennoch – von unten“. einen Artikel ihres beim Weißen Haus akkreditierten USA -Korrespondenten Christoph von Marschall. Der Autor gibt eine bemerkenswerte Analyse der Ereignisse rund um das Klimaschutzgesetz des Senats.

„Auf paradoxe Weise beschleunigt die Ölpest nicht etwa die Verabschiedung eines neuen Energiegesetzes im Kongress – sondern sie verzögert sie. Vor dem Unglück bestanden gute Aussichten, dass die Parlamentarier noch in diesem Jahr ein Gesetz zur Energiesicherung verabschieden würden. Es ist eine reduzierte Fassung des ursprünglich geplanten Klimaschutzgesetzes, für das Präsident Obama 2009 keine Mehrheit im Senat gefunden hatte. Die neue Version ist ein überparteilicher Entwurf, gemeinsam erarbeitet vom Demokraten John F. Kerry, dem Republikaner Lindsey Graham und dem Parteilosen Joe Lieberman. Ihre Kooperation erzwingt Kompromisse, verringert aber das Risiko einer Blockade im Senat. (*Diese Kooperation hat allerdings der Republikaner Lindsey Graham – wie weiter oben beschrieben – zwischenzeitlich aufgekündigt.*)

Doch nun fordern die Gegner der Neuorientierung, man müsse zunächst die genaueren Ursachen des Unglücks untersuchen, bevor man über den neuen Entwurf beraten könne. Das Gesetz lege schließlich auch die Zukunft der off-shore-Ölförderung fest.

So zeigt die Ölpest erneut einen Grundunterschied zwischen den USA und Deutschland. In Amerika wird die Energiewende nicht 'von oben' kommen. Die politische Klasse in Washington und speziell der Kongress wirken vielmehr als hinderliche Beharrungskräfte.

Dabei ist die Energiewende längst im Gange. Wer sichtbare Belege sucht, darf freilich nicht auf Washington starren. Der Wandel vollzieht sich 'von unten', fern der Hauptstadt. Treibende Kräfte sind einzelne Bundesstaaten, die Wirtschaft und vielerorts die Bürger.“

Christoph von Marschall bezieht sich auf die Beispiele der Gewinnung sauberer Energie durch erfolgreiche Klimaforschung und die praktische Umsetzung ihrer Ergebnisse zur Energiegewinnung in den US-Bundesstaaten Massachusetts, Kalifornien, Texas, Colorado, Dakota und Minnesota. Sie liefern den Nachweis, dass Parlamentarier mit Hilfe beider Kammern auf der Ebene von Bundesstaaten Vorbildleistungen für den Kongress bereits vollbracht haben. In 30 der 50 Bundesstaaten sind Vorgaben für den Anteil erneuerbarer Energie am gesamten Strommix mit Gesetzeskraft verbindlich festgelegt worden.

Die Beispiele machen deutlich, dass die Investitionen für einen Klimawandel in der Wirtschaft und ihre Förderung sowie Regulierung dringend eine langfristig angelegte und abgesicherte Politik brauchen. Dafür müssen Präsident, Vizepräsident und beide Kammern des Kongresses sorgen. Diese Verantwortung gegenüber der gesamten Gesellschaft kann ihnen niemand abnehmen.

Wissenschaftler geißeln Angriffe gegen Klimaforschung und Sabotage von Schutzmaßnahmen

Am 12. Mai 2010 setzten sich 255 Wissenschaftler, darunter 11 Nobelpreisträger und eine ganze Reihe prominenter US-Klimaforscher, die zugleich allesamt ordentliche Mitglieder der US-amerikanischen Akademie der Wissenschaften sind, in einem offenen Brief in ungewöhnlich scharfer Form und klarer Sprache mit in letzter Zeit mehrfach erfolgten Angriffen auf die Klimaforschung und Sabotageakten von Umwelt- und Klimaschutzanlagen kritisch auseinander. Sie werfen sogenannten Klimaskeptikern unter US-amerikanischen Politikern vor, damit die Schaffung dringend notwendiger Schutzanlagen bewusst zu torpedieren. Einige Klimaforscher seien sogar „in McCarthy-Manier“ angegriffen worden.

In dem in der Mai-Ausgabe des Magazin 'Science' veröffentlichten Brief heißt es: „Wir sind tief besorgt über die jüngste Eskalation politischer Angriffe auf Wissenschaftler im Allgemeinen und auf Klimaforscher im Speziellen.“ Teils wurden bewusst Lügen über sie verbreitet. Die Gegenattacke zielt auf das konservative Think Tank Heartland-Institute aus Chicago, das Klimaforscher als „Globale

Erwärmungs-Aktivisten“ abkanzelt. Der republikanische Senator James Inhofe hält den Klimawandel für Schwindel und forderte unlängst sogar strafrechtliche Untersuchungen gegen ein amerikanisch-britisches Forscherteam. Der Forschungsausschuss des britischen Unterhauses hat diese Vorwürfe inzwischen als unhaltbar bewertet.

Der Potsdamer Klimaforscher Hans-Joachim Schellenhuber, Mitunterzeichner des Science-Briefes, hält den Einfluss der Klimaskeptiker in Deutschland für geringer als in den USA.

„Wir“, so appellieren die 255 Wissenschaftler an alle Menschen unseres Erdballs, „fordern ein Ende der McCarthy - ähnlichen Drohungen gegen unsere Kollegen, sie mit juristischen Ermittlungen zu überziehen, die auf Bezeichnungen und Sippenhaft beruhen, sowie der Drangsalierung von Wissenschaftlern durch Politiker, die von den Fakten ablenken wollen, um nicht handeln zu müssen.

Die Gesellschaft hat zwei Alternativen: Wir können die Wissenschaft ignorieren und unseren Kopf in der Hoffnung in den Sand stecken, dass wir Glück haben. Oder wir können im öffentlichen Interesse schnell und substantiell handeln, um die Gefahren des Klimawandels zu reduzieren.

Die gute Nachricht ist, dass intelligente und effektive Maßnahmen möglich sind, aber Aufschieben ist keine Option.“

Der Brief ist unter anderem von Paul Crutzen unterschrieben, der seit langem das Max-Planck-Institut für Chemie in Mainz leitet und in den 1990er Jahren den Nobelpreis für die Erforschung der Schädigung der Ozonschicht bekam. Der Brief kann das in den letzten Jahren in der Öffentlichkeit der USA stark zurückgegangene Bewusstsein zum CO₂-Ausstoß als eine Ursache der globalen Erwärmung unseres Erdballs wieder stärken helfen.

Schlussbetrachtung

Die Einschätzung der Wahlkampfsituation in Wirtschaft, Politik, Staat und Gesellschaft in den USA sechs Monate vor den stattfindenden Zwischenwahlen 2010 dient dem Ziel, Probleme deutlich zu machen, die in erster Linie die Wählerinnen und Wähler in den

USA bewegen und vor allem von ihnen zu bewältigen sind, aber aus internationaler, globaler Sicht die Trends zur Entwicklung der Gegenwart und Zukunft aller Menschen der Erde wesentlich mit beeinflussen können und deshalb von großem Interesse sind.

Die Wahlergebnisse im November 2010 werden darüber Auskunft geben, welche Fraktion in beiden Kammern des Kongresses mit welchen Persönlichkeiten, welchem Wahlprogramm und welchen Wahlversprechungen den Sieg erringen konnte.

Der Abstieg der USA als Ordnungsmacht in der Weltwirtschaft und Weltpolitik und die zunehmende und weiter anwachsende Rolle und Bedeutung mehrerer Zentren in der Welt, besonders im Zusammenhang mit der Entstehung und Entwicklung der G 20 Bewegung, ist kein Zufall. Sie gehört zu den gesetzmäßigen Folgeerscheinungen von objektiven Entwicklungsprozessen langjährigen Charakters, die aber seit der 2008 ausgebrochenen Weltwirtschaftskrise ins Blickfeld, ins Bewusstsein und in den unmittelbaren Verantwortungsbereich der Menschen geraten sind.